Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen
Der Minister

Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Präsident des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Rechtsausschusses

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/2988

A14, A14/1

03. 02. 2020

Aktenzeichen
7630 E - IV. 1/20
bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter: Herr Illerhaus
Telefon: 0211 8792-228

49. Sitzung des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 5. Februar 2020
TOP „Probleme bei der Ausschreibung von Schutzwesten für den Justizvollzug?"

Anlage
1 Bericht

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Rechtsausschusses übersende ich als Anlage einen öffentlichen Bericht zu dem o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Biesenbach

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Martin-Luther-Platz 40
40212 Düsseldorf
Telefon: 0211 8792-0
Telefax: 0211 8792-456
poststelle@jm.nrw.de
www.justiz.nrw

Ministerium der Justiz
des Landes Nordrhein-Westfalen

49. Sitzung des Rechtsausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 5. Februar 2020

Schriftlicher Bericht zu TOP :
„Probleme bei der Ausschreibung von Schutzwesten
für den Justizvollzug?“

Zum Tagesordnungspunkt „Probleme bei der Ausschreibung von Schutzwesten für den Justizvollzug?“ der Sitzung des Rechtsausschusses am 5. Februar 2020 berichte ich wie folgt:

Der nordrhein-westfälische Justizvollzug hat seinen Bedarf an ballistischen Schutzwesten bis Anfang Mai 2019 aus einem auch für den Justizvollzug geltenden Bezugsvertrag zwischen dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste NRW und der Lieferfirma der Schutzwesten gedeckt. Dieser Vertrag lief am 7. Mai 2019 aus. Derzeit besteht für die Justizvollzugsbehörden die Möglichkeit, etwaige Bedarfe an Schutzwesten im Wege von Verhandlungsvergaben zu decken. Zurzeit wird eine Sammelbestellung erwogen und hierzu der Bedarf an Schutzwesten für das erste Halbjahr 2020 abgefragt. Das weitere Vorgehen wird vom Ergebnis der Abfrage abhängig gemacht.

Nach der Berichtslage konnten die im Jahre 2019 an die zuständigen Stellen herangetragenen Bedarfe an Schutzwesten gedeckt werden.